

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.10.2017
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Gosciniak, Heinz

SPD-Fraktion
Haase, Hans-Dieter
Strelow, Gregor

für Marianne Pohlmann

GfE-Fraktion
Hencke, Knut
Kruse, Doris

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut
Buisker, Herbert

für Gerold Verlee

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Claaßen, Jens

FDP-Fraktion
Bolinus, Erich

Fraktion DIE LINKE.
Raveling, Wilhelm

Beratende Mitglieder
Bruns, Reiner
Khatanbaatar-Frerichs, Altantuul
Narewski, Friedrich
Rölling, Stefan

Vertreter der Polizeiinspektion Emden
Vertreterin des Integrationsrates
Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltungsvorstand
Docter, Andreas

Stadtbourat

von der Verwaltung
Kinzel, Rainer
Freseman, Hartmut
Ruf, Simon

Protokollführung
Möller, Vincent

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Gosciniak begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis:

Einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Gosciniak schlägt vor, die TOP 5 und 6 inhaltlich zusammen zu diskutieren, wobei selbstverständlich gesondert abgestimmt wird.

Herr Strelow erkundigt sich, wann die Medienanlage wieder funktionieren würde.

Herr Docter erklärt, dass es darüber noch keine Auskunft gibt und diese Frage über das Protokoll beantwortet werden müsste.

Anmerkung des Protokollführers:

Die Anlage wurde am 14.12.2017 montiert.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis:

Einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Bebauungsplan D 6, 3. Abschnitt "Südlich Larrelder Straße" (Stadtteil Larrelt), Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB, beschleunigtes Verfahren

- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Verfahren
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Vorlage: 17/0222/1

Herr Kinzel erläutert die Vorlage und erinnert daran, dass es bereits einen rechtskräftigen Bebauungsplan für das Vorhaben gab. Der Investor, Möbel Boss, kam aber später zu der Erkenntnis, dass er mehr Platz benötigen würde. Nach den vorhergehenden Diskussionen habe man nun eine Regelung getroffen, nach der der Investor mehr Verkaufsflächen erhalte, aber gleichzeitig keine Erhöhung der zentrenrelevanten Sortimente stattfinde.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Buisker begrüßt, dass dieser wichtige Punkt in den Plänen berücksichtigt wurde, da auch von der CDU in der Vergangenheit betont wurde, dass man dem Einzelhandel in der Innenstadt nicht zusätzliche Konkurrenz schaffen dürfe.

Herr Haase stellt fest, dass gemessen an der gesamten Verkaufsfläche der prozentuale Anteil der zentrenrelevanten Flächen ja sogar noch gesunken sei.

Herr Bolinius stimmt den Vorrednern zu, erkundigt sich aber nach dem Punkt 17 in der Abwägung, wonach eine zweite Abbiegespur ohne Abstimmung mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr durchgeführt worden sei und fragt, ob man das bereits hat klären können.

Herr Docter erläutert, dass dieser Einwand eventuell auf einer älteren Planung basiere.

Herr Bongartz fragt sich, wann man die ersten Bagger auf dem Gelände begrüßen könne bzw. ob es eine Baufrist geben würde. Eine zweite Frage ist, wie kontrolliert werde, was in dem Fachmarkt tatsächlich angeboten wird.

Frau Kruse bewertet es als positiv, dass die Diskussionen um die zentrenrelevanten Sortimente zu diesem Ergebnis geführt haben, auch wenn immer Bauchschmerzen bestehen bei solchen Vorhaben auf der „grünen Wiese“. Sie wundere sich zudem, dass keine Stellungnahmen von den hiesigen Möbelunternehmen abgegeben wurden.

Herr Kinzel erläutert, dass auch andere Möbelunternehmen davon profitieren, wenn der Standort insgesamt gestärkt und somit regional besser wahrgenommen werde. Zu dem Zeitplan sei zu sagen, dass quasi die Bauantragsunterlagen eingereicht seien. Die Flächen würden bei der Abnahmeprüfung kontrolliert.

Herr Docter ergänzt, dass bereits vor zwanzig Jahren die Gesetzeslage so geändert wurde, dass keine permanente Kontrolle mehr durchgeführt werden müsse und dementsprechend diese Stellen nicht mehr vorhanden seien. Heute würde nur auf Anzeige hin kontrolliert.

Herr Bongartz fragt dazu nach, ob es so sei, dass die Stadt etwas genehmige, dann werde diese Genehmigung verletzt und dies würde nicht kontrolliert werden.

Herr Docter erklärt, dass es keine dauerhaften Kontrollen mehr gebe, aber bei erkennbaren Verstößen dem natürlich nachgegangen werde. In der Vergangenheit sei es allerdings so gewesen, dass häufig die gemeldeten Verstöße tatsächlich genehmigt waren.

Herr Haase führt aus, dass es damals einen parteiübergreifenden Konsens gegeben hätte, die Kontrollpflicht abzuschaffen. Selbstverständlich gebe es aber weiterhin ein Kontrollrecht.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wie in Anlage 1 niedergelegt zu.

2. Der Rat der Stadt Emden beschließt den Bebauungsplan D 6, 3. Änderung, III. Abschnitt mit Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 5 67. Änderung des Flächennutzungsplans (Conrebbersweg West);
 -Aufstellungsbeschluss (Stadium I)
 Vorlage: 17/0458

Herr Kinzel erläutert die Vorlagen 5 und 6 gemeinsam. Damit würden die Grundlagen für die Entwicklung des Baugebietes Conrebbersweg West geschaffen. Vorgesehen sei es, mit dem vorliegenden Bauleitplanverfahren die Erschließung des Gebietes über eine zentrale Sammelerschließungsstraße zu ermöglichen. Von dieser Straße aus, würden dann zusammen mit Investoren die einzelnen Baugebiete sukzessive erschlossen und umgesetzt. Dabei solle zumindest in Teilgebieten eine moderne, klimafreundliche Siedlung entwickelt werden.

Ziel sei es, möglichst schnell Planreife herzustellen, weil dies die Grundlage für den Erhalt von Fördermitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist. Anvisiert sei eine Anmeldung ins Förderprogramm zum Jahr 2019. Grundsätzlich seien schon viele notwendige Gutachten vorhanden, so dass man da gut unterwegs sei.

Herr Strelow begrüßt die Entwicklung, da in Emden ein großer Wohnraumbedarf bestehe und somit Zeitdruck vorhanden sei. Gleichwohl sei es wichtig, die Aspekte der Ökologie, Ökonomie und Soziales im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zusammen zu betrachten. Er fragt nach, ob in 2019 auch schon mit dem Baubeginn zu rechnen sei.

Eine weitere Frage sei, welche Art von Gewerbe im Norden des Gebietes geplant sei und wie man mit den großen, notwendigen Ausgleichsflächen umgehen würde.

Herr Docter erklärt, dass die Ausgleichsflächen hauptsächlich von den Investoren geschaffen werden müssen. Das müsse man dann sehen, wo diese liegen. Im Norden des Gebietes sei wohnverträgliches Gewerbe geplant. Herr Docter weist zusätzlich darauf hin, dass die Mittel durch das GVFG nicht garantiert seien, sondern nur beantragt werden.

Herr Strelow konkretisiert seine Frage dahingehend, dass er wissen möchte, was als „Best-Case-Szenario“ von der Verwaltung betrachtet werde. Dies sei eine wichtige Information, weil es viele Interessenten an dem Baugebiet gebe.

Herr Docter bestätigt, dass Baubeginn im Jahr 2019 anvisiert sei.

Herr Buisker erklärt die uneingeschränkte Zustimmung für die neuen Baugebiete. Gleichzeitig spricht er die zunehmend schwierige Frage der Kompensationsflächen an, weil es zu Konflikten mit der landwirtschaftlichen Nutzung kommt. Er regt an, dazu eine grundsätzliche Diskussion zu führen.

Herr Docter bestätigt, dass der Ausgleich immer eins zu eins erfolgen müsse, was bei den hochwertigen Naturflächen in Ostfriesland grundsätzlich ein Problem sei.

Herr Rölling erklärt, dass es sich in der Tat um ökologisch hochwertige Flächen dort handeln würde und es daher gut wäre, sich zu Ausgleichsmaßnahmen frühzeitig zusammenzusetzen. Gleichzeitig sei in den Entwürfen der „Naturgedanke“ zunehmend erkennbar, was auf ein Umdenken in dieser Hinsicht deuten würde.

Herr Bolinius erwähnt, dass die Pläne zu Conrebbersweg West schon mehrfach im Ausschuss diskutiert wurden. Deshalb sei es gut, dass nun der erste konkrete Schritt gemacht sei. Gleichzeitig mahnt er, das Tempo hoch zu halten, weil Familien sonst irgendwann nur die Alternative des Wegzugs ins Umland bliebe.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Bongartz erklärt, dass seine Fraktion Plänen im ersten Stadium immer zugestimmt hätten und dies auch hier tun werde. Nachfragen hat er zu folgenden Punkten, die man früh ins Auge fassen müsse: Ist eine Unterführung geplant und gibt es schon Gespräche mit der Bahn dazu. Gibt es erste Kostenschätzungen. Gilt der Förderbescheid auch für die Unterführung. Grundsätzlich bräuchte man eine Zeitschiene für das Vorhaben.

Herr Docter erläutert, dass eine Unterführung eine der Planungsalternativen sei und es auch Gespräche mit der Bahn gegeben habe. Die Bahn beteiligt sich auch bei solchen Vorhaben mit einem Drittel der Kosten, wobei die Planungshorizonte der Bahn auch immer sehr langfristig seien. Das müsse man abwägen.

Der Förderbescheid würde auch für eine Unterführung gelten. Erste Kostenschätzungen gebe es noch nicht, aber die Finanzierung sei grundsätzlich gesichert. Weiterhin gelte aber die Prämisse, dass eine teure Erschließung durch die Umlagen auch teure Grundstücke bedeuten würde. Das wird man in der weiteren Planung berücksichtigen müssen.

Herr Haase stimmt zu, dass es bei den GVFG-Mitteln wichtig sei, schnell zu sein. Darüber hinaus sei es natürlich wichtig, dass die Baugrundstücke attraktiv blieben. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Claaßen signalisiert ebenfalls, dass seine Fraktion dem Vorhaben zustimmen werde, wenn auch angesichts der ökologisch hochwertigen Flächen nicht mit großer Euphorie. Es sei aber Tatsache, dass in Emden Wohnraum benötigt wird. Er appelliert daran, dass man in dem Viertel neben dem Umweltschutz nicht den sozialen Wohnungsbau vergessen dürfe.

Frau Kruse schließt sich ihren Vorrednern an, da inhaltlich schon alles gesagt sei. Sie betont ebenfalls, dass der soziale Wohnungsbau wichtig sei in dem Gebiet.

Beschluss:

Für den in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird die Einleitung des Verfahrens zur 67. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Bebauungsplan D 156 (Conrebbersweg West), I. Abschnitt (Erschließung);
 -Aufstellungsbeschluss (Stadium I)
 Vorlage: 17/0459

Herr Strelow hat eine kurze Nachfrage dazu, inwiefern die Schützenstraße und der Steinweg durch das Baugebiet verkehrlich stärker belastet werde. Dies sei eine wichtige Frage, weil dort viele Schulen liegen.

Herr Docter erklärt, dass durch das neue Siedlungsgebiet natürlich auch der Verkehr steigen werde. Gleichzeitig sei man sehr bemüht, eine fahrradfreundliche Verkehrsplanung umzusetzen. Herr Docter verweist dazu auch schon auf erste Sicherheitsmaßnahmen am Steinweg – zudem könne man später immer noch reagieren, falls Verkehrsprobleme entstehen sollten.

Herr Bongartz ergänzt, dass die Baugebiete ja auch in Abschnitten entwickelt würden und sich die Verkehrssituation daher nicht abrupt ändern werde. Man hätte genug Zeit, um auf Fehlentwicklungen zu reagieren.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Beschluss:

Für den in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Masterplan Klimaschutz - Sachstandsmitteilung
Vorlage: 17/0463

Herr Kinzel stellt kurz den Masterplan Klimaschutz und dessen Ziel vor. Dieser weist der Stadt den Weg bis zum Jahr 2050 komplett klimaneutral zu werden. Der Plan untergliedert sich in zwei Phasen: in eine Konzeptphase und dann in eine Phase der ersten Maßnahmen bis zum Jahr 2020. Der Masterplan selbst soll am 7. Dezember vom Rat beschlossen werden.

Herr Bolinius befürwortet den Masterplan und lobt die Verwaltung ausdrücklich für dessen Erstellung.

Herr Buisker befindet das Vorhaben ebenfalls als positiv. Er fragt sich, wie die Klimaneutralität berechnet werde. Werden die Emissionen der Werften auf die pro-Kopf Emissionen angerechnet? Eine weitere Frage sei, ob die Abwärme des geplanten Umspannwerkes in Borssum nicht genutzt werden könne.

Herr Bongartz greift diesen Aspekt auf und schlägt vor, dabei die Stadtwerke einzubinden, weil diese schon Nahwärmenetze im Stadtgebiet betreibe. Eine andere Frage ist, ob es bei den Elektrobussen einen Zeitplan zur Umstellung geben würde.

Herr Strelow begrüßt ebenfalls das Konzept und die angestrebte Erhöhung der Anteile von erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor. Dabei stellt sich allerdings die Frage, in welcher Form das geschehen soll und er verweist auf die Problematik, dass im Stadtgebiet schon jetzt sehr viele Windanlagen stehen würden und das bei vielen Bürgern für Unmut Sorge. Herr Strelow unterstützt das Argument, dass die Umstellung auf E-Busse schon jetzt wichtig sei und nicht erst im Jahr 2025.

Herr Kinzel erläutert das Konzept der Bilanzierungsgrenzen am Beispiel der Biomassekraftwerks der Fa. Statkraft, das zwar in Emden stehe, aber für Gesamtdeutschland Strom produziere und somit nicht in der Emden Bilanz auftauche. Insgesamt sei die Bilanzierung sehr kompliziert. So werde der Energieverbrauch der Gebäudeinfrastruktur in Emden sehr genau bemessen, aber z. B. die Emissionen durch den Fleischverzehr/-produktion im Stadtgebiet kaum erfasst.

Herr Kinzel verweist darauf, dass immer auch weitergehende sinnvolle Maßnahmen außerhalb des Klimaschutzplans zukünftig möglich seien. So gibt es einen Maßnahmenplan zu E-Mobilität. Bei den öffentlichen Bussen sei man aber an die bestehenden Verträge bis zum Jahr 2025 gebunden. Maßnahmen in dem Bereich seien daher freiwillig.

Was den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft verweist Herr Kinzel auf das Konzept des „Repowering“.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 8 Baugebiet Conrebbersweg;
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2017
 Vorlage: 17/0455

Herr Bongartz stellt die Vorlage vor, nach der die Verwaltung vierteljährlich im Ausschuss über die Entwicklung des Baugebietes Conrebbersweg berichten soll. Dies sei notwendig, weil die Politiker selbst häufig zu diesem Thema gefragt werden würden und dann informiert sein müssen.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, dass nunmehr vierteljährlich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt über den Planungsfortschritt der Stadtteilerweiterung von Conrebbersweg berichtet wird.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Neugestaltung der Kaufhalle;
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2017
 Vorlage: 17/0456

Herr Bongartz stellt die Vorlage vor. Es gebe in der Stadt ein erhöhtes öffentliches Interesse an der Entwicklung der Kaufhalle. Daher sei ein zeitnaher und transparenter Informationsfluss wichtig. Wenn der Investor Ende November im Ausschuss über seine Planungen informiert, sei das ausreichend.

Herr Docter erklärt, dass vor allem der Bereich des Parkplatzes grundlegende Änderungen im B-Plan benötige und man dafür auch etwas Zeit bräuchte. Im November werde die Firma List dann ausführlich berichten.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, dass die Vertreter der List-Gruppe in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses einen Bericht über die zeitliche Gestaltung ihres Vorhabens geben. Insbesondere geht es uns dabei auch um den Vermietungsstand und um die Planungen für das Parkhaus.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Einsatz von Elektrobussen in Emden;
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2017
 Vorlage: 17/0457

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Bolinius stellt die Vorlage vor. In vielen Städten werden bereits heute Elektrobusse eingesetzt. Herr Poppenga sagte im Februar, dass man auch überlegen würde diese einzusetzen. Herr Bolinius sei von dem abweichenden Beschlussvorschlag der Verwaltung daher enttäuscht. Dieser stelle eine Umstellung auf E-Busse erst im Jahr 2025 in Aussicht aufgrund der bestehenden Verträge mit dem Dienstleister.

Herr Docter erklärt, dass man nicht darüber diskutieren müsse, dass E-Busse für Emden sinnvoll seien und auch so früh wie möglich. Er erläutert, dass die derzeitigen Verträge bis zum Jahr 2025 bindend seien und keine Aussagen zu E-Bussen treffen. Das Unternehmen hat auch bereits Untervergaben getätigt, sodass für die Verwaltung selbst keine Handhabe bestehe, E-Busse verpflichtend einzuführen. Das könne nur auf freiwilliger Basis mit den beteiligten Unternehmen geschehen. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke sei daher auch das entscheidende Gremium, um solche Fragen zu diskutieren.

Herr Bolinius verweist darauf, dass eine Entscheidung vom Rat ein viel höheres politisches Gewicht hätte als der Aufsichtsrat der Stadtwerke.

Herr Haase greift das Argument auf und führt aus, dass die Thematik zwei Ebenen hätte. Auf der einen Seite würde es darum gehen einen politischen Willen auszudrücken und da einen parteiübergreifenden Konsens zu demonstrieren. Auf der praktischen Ebene sei die Sache aufgrund der vertraglichen Situation sicher sehr viel komplizierter. Herr Haase plädiert deshalb dafür, die Entscheidung zu vertagen.

Herr Claaßen stimmt zu, dass eine Verschiebung des Themas sinnvoll ist, genauso wie eine gemeinsam abgestimmte Beschlussvorlage. Die Antwort der Verwaltung sei in der Tat als zumindest unglücklich formuliert einzustufen.

Herr Bolinius befindet, dass ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen eine gute Idee sei und zieht daher den Antrag zurück.

Herr Docter bittet darum, die Vorlage auch mit den Stadtwerken abzustimmen und sich dafür ca. zwei Wochen Zeit zu nehmen. Es gehe jetzt eher darum einen qualitativ hochwertigen Vorschlag zu entwickeln.

Herr Bongartz sieht diesen Vorschlag positiv, insbesondere wenn der Rat gemeinschaftlich auftritt. Ein vernünftiger, gemeinsamer Beschluss im Rat sei auch ein wichtiges Signal im Zusammenhang mit dem Masterplan Klimaschutz.

Herr Haase stimmt zu, dass ein Signal vom Rat wichtig sei.

Abweichender Beschluss:

Die FDP-Fraktion zieht den Antrag zurück. Der Punkt soll vertagt werden, um eine gemeinsame Vorlage zu erstellen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Wilde Müllkippen in Emden;
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2017
 Vorlage: 17/0460

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Bolinius stellt kurz den Antrag vor, in dem die Verwaltung dazu aufgefordert wird, die derzeitige Situation um „wilde Müllkippen“ darzustellen.

Herr Freseman erläutert, dass man schon vor zwei Jahren die Situation dargestellt habe und man nun die Zahlen aktualisiert habe. Demnach verzeichnet man eine leichte Abnahme der gemeldeten Fälle illegaler Müllentsorgung in Emden, wobei die Anzahl der durchgeführten Ordnungswidrigkeitsverfahren mit nur sechs recht gering sei.

Dies lege vor allem daran, dass es sehr schwer sei, die Verursacher zu identifizieren und auch deren Vergehen zu beweisen. Problematisch sei auch, dass die Verfahren ca. 500 € kosten würden, wobei die eigentlichen Bußgelder recht gering seien. Es gäbe kein Patentrezept, um dieses Problem zu lösen.

Herr Buisker erklärt, dass er diese Situation als unerträglich empfinde, insbesondere angesichts der Tatsache, dass viele der Dinge die weggeschmissen würden, gratis entsorgt werden könnten beim BEE. Es sei daher wichtig ein Signal zu setzen, dass dies so nicht mehr toleriert werden würde.

Herr Haase ergänzt, dass in dieser Sache auch die Medien unterstützend tätig werden könnten, indem sie diesen Missstand verstärkt aufgreifen würden in der Berichterstattung. Darüber hinaus plädiert Herr Haase dafür, Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht nur unter Kostenaspekten zu betrachten. Von einer strikten Verfolgung dieser Vergehen würde auch ein wichtiges Signal ausgehen.

Frau Kruse fügt hinzu, dass es zum Teil auch an öffentlichen Mülleimern fehlen würde. Man dürfe nicht die ganze Verantwortung auf die Bürger schieben, sondern müsste auch entsprechende Strukturen schaffen.

Herr Strelow zeigt sich ebenfalls verärgert darüber, dass so der Gebührenzahler für die Müllentsorgung einzelner zahlen würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 12 Antrag wegen Nutrias in Emden;
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 13.09.2017
 Vorlage: 17/0461

Der Tagesordnungspunkt wurde auf den nächsten Ausschuss verschoben.

Beschluss: Vertagt

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

TOP 14 Anfragen

Keine

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.